

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche

Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 48

vom 13. Dezember 2013

Redaktion: Katja
Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Sozialministerin Alheit und Senator Scheele: Länderübergreifende

Kooperation bei Frauenhäusern verabredet – gute Lösung im Interesse betroffener Frauen..... 2

Gesundheit

Patientinnen und Patienten sollen auf multiresistente Erreger getestet werden 4

Schule, Jugend und Berufsbildung

Hamburg ist erstes Bundesland mit flächendeckender Jugendberufsagentur –

Vorbild für Koalitionsvertrag auf Bundesebene 6

Stipendien für Hamburger Schülerinnen und Schüler 12

Schule: Volksinitiative „G9-Jetzt-HH“ zustande gekommen 14

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Sozialer Schutz für Szeneviertel verlängert 15

Wissenschaft und Forschung

8. Agathe-Lasch-Preis verliehen 16

Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Politik und Wirtschaft treffen sich zum Smart City Summit 18

S4: Vorplanung ist abgeschlossen 20

Haushalt und Finanzen

Jahresabschluss 2012 der Freien und Hansestadt Hamburg 22

Zur Information

Terminkalender 25

Medien-Information

10. Dezember 2013/basfi10

Sozialministerin Alheit und Senator Scheele: Länderübergreifende Kooperation bei Frauenhäusern verabredet – gute Lösung im Interesse betroffener Frauen

KIEL. Schleswig-Holsteins Sozialministerin, Kristin Alheit, und Hamburgs Senator für Soziales, Detlef Scheele, haben sich auf eine länderübergreifende engere Zusammenarbeit bei den Angeboten der Frauenhäuser geeinigt. Konkret verabredet wurde eine Ausgleichsregelung bei der Finanzierung von Frauenhäusern. Da mehr Hamburger Frauen Frauenhäuser in Schleswig-Holstein nutzen als umgekehrt, wurde vereinbart, dass Hamburg sich jährlich an den Kosten in Schleswig-Holstein beteiligt. Für das kommende Jahr wurde eine Beteiligung in Höhe von 130.000 Euro vereinbart.

Zugleich verabredeten Scheele und Alheit eine Kooperation in Bezug auf eine gemeinsame Koordinierungsstelle, um Frauen bei der Suche nach einem passenden Frauenhausplatz zu unterstützen. Bei der in Hamburg angesiedelten Stelle wird sich Schleswig-Holstein mit 30.000 Euro im Jahr 2014 beteiligen. Die Entwicklung soll zukünftig gemeinsam verfolgt werden, um gegebenenfalls die Vereinbarung anpassen zu können.

Alheit und Scheele betonten: „Die Verabredung ist eine gute Lösung im Interesse betroffener Frauen. Frauen in Not müssen sich darauf verlassen können, schnell und sicher Hilfe zu erhalten. Mit der Einigung schaffen wir eine solide Basis, dass diese Hilfe dauerhaft auch über die Landesgrenzen hinaus gelingt“.

Die entsprechende Vereinbarung soll Anfang 2014 dem Hamburger Senat und dem schleswig-holsteinischen Kabinett vorgelegt werden. In Hamburg gibt es derzeit 5 Frauenhäuser, in Schleswig-Holstein 16. Hamburg und Schleswig-Holstein hatten sich in der gemeinsamen Kabinetts- bzw.

Senatssitzung im September auf die Zielsetzung einer gemeinsamen Regelungen zu Frauenhäusern verständigt.

Verantwortlich für diesen Presstext: Christian Kohl | Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein | Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel | Telefon 0431 988-5317 | Telefax 0431 988-5344 | E-Mail: pressestelle@sozmi.landsh.de | Medien-Informationen der Landesregierung finden Sie aktuell und archiviert im Internet unter www.schleswig-holstein.de | Das Ministerium finden Sie im Internet unter www.msgfg.schleswig-holstein.de | Das Landeswappen ist gesetzlich geschützt.

Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Marcel Schweitzer, Pressesprecher, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, 040 42863-2889, marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de <http://www.hamburg.de/basfi>.

13. Dezember 2013/bgv13

Patientinnen und Patienten sollen auf multiresistente Erreger getestet werden

Landeskonferenz Versorgung will Patientenschutz in Hamburger Krankenhäusern weiter verbessern

Patientinnen und Patienten in Hamburger Krankenhäusern sollen in Zukunft besser vor multiresistenten Erregern geschützt werden. Die Landeskonferenz Versorgung hat sich dafür ausgesprochen, dass Patientinnen und Patienten, die sich in Krankenhäusern der Hansestadt einer geplanten stationären Behandlung unterziehen und bei denen ein erhöhtes Infektionsrisiko vorliegt, vor der Einweisung auf multiresistente gramnegative Erreger (MRGN) zu testen sind.

In den vergangenen Jahren haben bestimmte Keime eine hohe Resistenz gegenüber Antibiotika entwickelt. Sie können deshalb zu schwerwiegenden Komplikationen bei Patientinnen und Patienten führen. Ziel der Hamburger Initiative ist es, Betroffene in Hamburger Kliniken, Mitpatientinnen und -patienten sowie das Personal besser vor schweren Infektionen zu schützen. Außerdem können durch eine frühzeitige Kontrolle aufwendige Isolations- und Desinfektionsmaßnahmen reduziert werden.

Die Einführung und die Finanzierung der Tests sollen nun in einer Vereinbarung zwischen den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg geregelt werden. Ziel ist es, bis zum April 2014 entsprechende Tests einzuführen und möglichst viele Patientinnen und Patienten einzuschließen, bei denen ein erhöhtes Infektionsrisiko vorliegt. Die Kosten für die Tests sollen durch die Krankenkassen getragen werden. Es soll auch Vorsorge getroffen werden, dass eventuell positiv getesteten Patientinnen und Patienten keine Nachteile erwachsen.

Hamburg ist nach heutigem Kenntnisstand der Gesundheitsbehörde das erste Bundesland, in dem ein solcher Test auf diese Weise vereinbart werden soll. Die Ergebnisse der bzw. die Erfahrungen mit den Tests sollen evaluiert werden, um eventuell notwendige Veränderungen zu erkennen.

„Die zunehmende Entwicklung von Antibiotikaresistenzen ist ein ernstes Problem bei der Behandlung von Patientinnen und Patienten. Wir müssen daher alle Möglichkeiten nutzen, den Schutz vor Infektionen mit multiresistenten Erregern zu verbessern. Der Beschluss der Landeskonferenz Versorgung und die angestrebte Vereinbarung sind daher ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, sagt **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**.

In der Landeskonferenz Versorgung beraten 18 Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Gesundheitsversorgung unter Vorsitz von Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks regelmäßig über aktuelle Hamburger Gesundheitsfragen. Die Landeskonferenz kann Anregungen und Empfehlungen zur gesundheitlichen Versorgung und Entwicklung medizinischer Versorgungsstrukturen abgeben.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

11. Dezember 2013/bsb11

Olaf Scholz und Frank-J. Weise eröffnen Jugendberufsagentur in Bergedorf

**Hamburg ist erstes Bundesland mit flächendeckender
Jugendberufsagentur – Vorbild für Koalitionsvertrag auf Bundesebene**

Mit Eröffnung des siebten regionalen Standorts der Jugendberufsagentur Hamburg in Hamburg-Bergedorf am 11. Dezember erhalten alle jungen Hamburgerinnen und Hamburger unter 25 Jahren Beratung, Unterstützung und Begleitung beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf. Damit ist Hamburg das erste Bundesland, das flächendeckend eine Jugendberufsagentur (JBA) eingerichtet hat und Vorbild für die anderen Bundesländer, denn das Konzept wurde in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition aufgenommen. Die JBA verbessert die berufliche Integration junger Menschen und hilft, den Fachkräftebedarf der Hamburger Wirtschaft zu decken.

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: „Mit der Jugendberufsagentur setzt Hamburg ein Zeichen – ein Zeichen für unsere Hansestadt und über die Grenzen unserer Stadt hinaus: Wir brauchen die jungen Leute in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir brauchen sie als qualifizierte Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Und wir halten unser Versprechen, alle jungen Männer und Frauen nach dem Ende ihrer Schulzeit zu unterstützen. Die Jugendberufsagentur kümmert sich um die Berufseinsteiger, um ihren Übergang von der Schule in den Beruf und um ihre Integration in den Arbeitsmarkt. Wir wollen die Schulabgänger an der Schnittstelle zwischen Schule und Berufsleben begleiten - und sie, wenn es nötig ist, auch anschieben. In Hamburg haben sich zu diesem Zweck fünf Einrichtungen unter einem Dach zusammengeschlossen. Und sie helfen jungen Männern und Frauen, die Basis für ein eigenverantwortliches Leben aufzubauen.“

Frank-J. Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit: „Das Risiko arbeitslos zu werden und arbeitslos zu bleiben, ist sehr eng mit der schulischen und beruflichen Qualifikation verbunden. Die spürbare demografische Entwicklung und der aktuelle Fachkräftebedarf in Deutschland verschärfen zusätzlich den Druck auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, allen Jugendlichen eine gute berufliche Perspektive zu verschaffen. Viele Kommunen, Arbeitsagenturen und Jobcenter gehen die anspruchsvolle Arbeit mit Jugendlichen seit Jahren engagiert und tatkräftig an. Am erfolgreichsten geschieht dies unter dem gemeinsamen Dach der Arbeitsbündnisse „Jugend und Beruf“. Die Idee der Bundesagentur für Arbeit, Kompetenzen enger miteinander zu verzahnen

und zu koordinieren, hat sich mittlerweile in ganz Deutschland etabliert. Hamburg hat sich frühzeitig in das Projekt mit eingebracht und wir halten das Konzept der Jugendberufsagentur, auch in der Freien Hansestadt alle wichtigen Chancen und Angebote unter einem Dach zu vereinen, für den richtigen Ansatz. Davon werden alle Akteure des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes profitieren.“

Ziel und Aufgaben der Jugendberufsagentur

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat sich zum Ziel gesetzt, allen Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung oder ein Studium zu geben und niemanden auf diesem Weg zu verlieren. Um dies sicherzustellen und jungen Menschen Unterstützung, Begleitung und Vermittlung unter einem Dach anzubieten, schufen die beteiligten Akteure ein grundlegend neues Modell, die Jugendberufsagentur. Unterstützt wurde dies durch eine Vereinbarung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2010, in der bundesweit eine bessere Zusammenarbeit von Institutionen verschiedener Rechtskreise des Sozialgesetzbuchs beschlossen wurde. Ziel war es, die Integration von unter 25-Jährigen in Ausbildung und Beruf zu erhöhen. Die beteiligten Hamburger Behörden (Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration), die Agentur für Arbeit Hamburg, Jobcenter team.arbeit.hamburg sowie die sieben Bezirksämter verständigten sich auf eine systematische, verbindliche und kontinuierliche Verzahnung ihrer Arbeit. Mit gutem Ergebnis: Bereits 17 Monate nach Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft, eine Jugendberufsagentur zu schaffen (Drucksache 20/4195, Juni 2012), ist die Jugendberufsagentur jetzt in allen sieben Hamburger Bezirken und auf allen weiteren Arbeitsebenen eingerichtet.

Mehr als 14.300 junge Menschen nutzen bisher die Jugendberufsagentur

Jugendliche und junge Erwachsene können sich mit ihren Fragen und Anliegen an den jeweiligen Standort der Jugendberufsagentur Hamburg in ihrem Bezirk wenden. Insgesamt stehen 354 Beraterinnen und Berater der Partnereinrichtungen in allen regionalen Standorten zur Verfügung. Kurze Wege vor Ort und die gebündelten, rechtskreisübergreifenden Beratungs- und Hilfsangebote unter einem Dach stellen sicher, dass sie individuelle Unterstützung erhalten und bei Bedarf auch über einen längeren Zeitraum begleitet werden können.

Mehr als 14.300 junge Hamburgerinnen und Hamburger haben bereits im ersten Jahr, zwischen Oktober 2012 und September 2013 die Angebote der Jugendberufsagentur Hamburg genutzt. Davon ließen sich 8.446 unter 25-Jährige als Bewerberinnen und Bewerber für eine duale Ausbildung registrieren. Rund 84,4 Prozent dieser Bewerberinnen und Bewerber fanden bisher mit Hilfe der Jugendberufsagentur gesicherte Anschlüsse - beispielsweise in duale Ausbildung (44,6 Prozent), in Erwerbstätigkeit (5,3 Prozent), in einen weiterführenden Schulbesuch (11 Prozent) oder in ein Studium (2 Prozent). Weitere gesicherte Anschlüsse waren zum Beispiel Ausbildungsvorbereitung, Berufsvorbereitung, Freiwilliges Soziales Jahr, Bundeswehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst. 1.319 junge Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind, werden weiterhin aktiv beraten, um passgenaue Anschlüsse zu finden (Erhebung der Agentur für Arbeit Hamburg, Stand 30.09.2013).

Rechtzeitig beginnen – schon in den Schulen

Innovativ und bundesweit einzigartig ist, dass in der Jugendberufsagentur Hamburg die Berufsberatung, Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung und Jugendhilfe unter Einbeziehung der schulischen Ebene zusammenarbeiten. Für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in die Ausbildung oder das Studium ist es unerlässlich, dass Schülerinnen und Schüler schon rechtzeitig während der Schulzeit eine klare Vorstellung von ihren beruflichen Zielen und Möglichkeiten entwickeln. Deswegen ist die schulische Ebene ein grundlegender Bestandteil der Jugendberufsagentur Hamburg. Als wichtige Voraussetzung wird die Berufs- und Studienorientierung daher an Hamburger Schulen, insbesondere an Stadtteilschulen, weiter intensiviert. Stadtteilschulen, Förderschulen, und Berufsschulen unterstützen und begleiten gemeinsam mit der Jugendberufsagentur den Weg der Jugendlichen in die Ausbildung oder das Studium. In sogenannten BOSO-Teams koordinieren sie an allen 59 Stadtteilschulen die Zusammenarbeit, planen Beratungs- und Informationsangebote sowie vertiefende Module für die Berufs- und Studienorientierung (BOSO) der Jugendlichen.

Übergänge begleiten

Darüber hinaus hat die Jugendberufsagentur gemeinsam mit den Stadtteilschulen und berufsbildenden Schulen erstmals systematisch und lückenlos die Verbleibe der Schulabgängerinnen und -abgänger nach der Sekundarstufe I von Stadtteilschulen und Förderschulen erhoben. Jugendliche, die noch schulpflichtig sind, werden dadurch problemlos erkannt, angesprochen und über passgenaue Angebote informiert. Junge Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind, werden durch die Jugendberufsagentur beraten, begleitet und vermittelt, bis sie eine verlässliche Perspektive gefunden haben.

Die diesjährige Übergangsquote in Ausbildung von 38,7 Prozent zeigt, dass eine systematische und frühzeitige Begleitung der Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf erste Früchte trägt, weil sich die Schulabgängerinnen und -abgänger früher verlässlich für einen Anschluss

entschieden und Ausbildungsverträge abschlossen (Erhebung der Behörde für Schule und Berufsbildung, Stand 15.09.2013). Die diesjährige Übergangsbegleitung der Schulabgängerinnen und Schulabgänger konnte sicherstellen, dass der Verbleib aller Jugendlichen bekannt ist und die Beratung und Unterstützung gezielt dort angeboten werden kann, wo sie gebraucht wird.

Aufsuchende Beratung – Niemand soll verloren gehen

Die Jugendberufsagentur Hamburg verspricht, sich um alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen verlässlich zu kümmern. Deshalb gehört auch die aufsuchende Beratung zur Leistung der Jugendberufsagentur. Immer dann, wenn Jugendliche sich nicht wie vereinbart bei ihren Beraterinnen und Beratern zurückmelden, Schulpflichtige nicht in ihrer zuständigen berufsbildenden Schule erscheinen oder Fachkräfte der Jugendberufsagentur dies im Einzelfall befürworten, wird die Jugendberufsagentur aktiv. Die Kontaktaufnahme erfolgt telefonisch, per SMS, auf dem Postweg oder durch Hausbesuche. Alle Partner haben hierfür aufsuchende Beratungselemente eingeführt.

Im Zeitraum von März bis Juni 2013 fanden beispielsweise monatlich rund 600 Kontakte mit aufsuchender Beratung statt, davon fast 100 Hausbesuche (Erhebung der Netzwerkstelle der Jugendberufsagentur, Stand Juli 2013). Die Rückmeldungen der aufgesuchten Jugendlichen und ihrer Eltern zeigen deutlich, dass dieses Angebot der Jugendberufsagentur sehr positiv aufgenommen wird.

Jugendberufsagentur-Broschüre „Jede und jeder wird gebraucht“

www.hamburg.de/jugendberufsagentur

www.jugendberufsagentur-hh.de

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle des Senats

Christoph Holstein, Senatssprecher

Tel. (040) 42831-2244

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Presssprecher

Tel. (040) 428 63 – 2003, E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (040) 4 28 63 – 2842, E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Agentur für Arbeit Hamburg

Knut Böhrnsen, Pressestelle

Tel (040) 2485 - 2230, E-Mail: knut.boehrsen@arbeitsagentur.de

Jobcenter team-arbeit.hamburg

Heike Böttger, Pressestelle

Tel. (040) 428 71-4010, E-Mail: heike.boettger@jobcenter-ge.de

Bezirksamt Bergedorf

Pressestelle, Tel. (040) 428 91-2100, E-Mail: Pressestelle@bergedorf.hamburg.de

Die Steuerungsebenen der Jugendberufsagentur Hamburg:

Beirat

Beratungsgremium mit Vertreterinnen und Vertretern der Partner der Jugendberufsagentur sowie der Handelskammer Hamburg, der Handwerkskammer Hamburg, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Hamburg und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V. (UVNord)

Koordinierungsausschuss

Gemeinsames Entscheidungsgremium der Jugendberufsagentur; verantwortlich für strategische und operative Steuerung

Netzwerkstelle

Monitoring der Aktivitäten der Jugendberufsagentur, Koordination der schulischen und bezirklichen Ebene der Jugendberufsagentur, Datenverarbeitung, Schulpflichtüberwachung etc.

Planungsteam

Planung und Koordination gemeinsamer Maßnahmen für bedarfsgerechte Angebote im Bereich geförderter Ausbildung, Ausbildungs- und Berufsvorbereitung und begleitende Unterstützungsangebote

Bezirkliche Ebene - Regionale Standorte

Beratung, Unterstützung und Begleitung unter einem Dach und aus einer Hand

Schulische Ebene

Berufsorientierung und Übergangsmanagement, Stadtteilschulen und Förderschulen, Berufsbildende Schulen

Die Jugendberufsagentur Hamburg in den Bezirken:

Hamburg-Mitte; Norderstraße 105, 20097 Hamburg

Hamburg-Harburg; Neue Straße 50, 21073 Hamburg

Hamburg-Nord; Langenhorner Chaussee 92, 22415 Hamburg

Hamburg-Eimsbüttel; Eppendorfer Weg 24, 20259 Hamburg

Hamburg-Altona; Kieler Straße 39, 22769 Hamburg

Hamburg-Wandsbek; Friedrich-Ebert-Damm 160, 22047 Hamburg

Hamburg-Bergedorf; Johann-Meyer-Str. 55, 21031 Hamburg

Öffnungszeiten: Mo bis Fr 08:00 – 12:00 Uhr, Do 16:00 – 18:00 Uhr

Telefon: HamburgService 115

Internet: www.jugendberufsagentur-hh.de

Mitarbeiterstruktur und Aufteilung in den bezirklichen Jugendberufsagenturen:

Bezirk	Mitarbeiter gesamt	davon Agentur für Arbeit (* mit Berufsberatung Team-Akademische Berufe und Ausbildungs- vermittlung)	davon Jobcenter team.arbeit.hamburg	davon Bezirks -amt	davon Hamburger Institut für Berufliche Bildung
Mitte	106	60*	42	2	2
Harburg	50	19	27	2	2
Nord	35	14	17	2	2
Eimsbüttel	31	11	16	2	2
Altona	47	9	34	2	2
Wandsbek	54	14	36	2	2
Bergedorf	31	8	19	2	2

13. Dezember 2013/bsb13

Stipendien für Hamburger Schülerinnen und Schüler

Neun Stiftungen unterstützen regelmäßig 500 Stipendiatinnen und Stipendiaten

Sie sind besonders talentiert, begabt, engagiert und motiviert – aber sie wachsen in ungünstigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen auf: Diesen Kindern und Jugendlichen bieten mehrere Stiftungen Jahr für Jahr in Hamburg rund 500 Stipendien an. Viele Stipendiatinnen und Stipendiaten haben einen Migrationshintergrund.

Insgesamt neun Stiftungen wenden sich an Hamburger Schülerinnen und Schüler von der 3. bis zur 11. Klasse. Bewerben können sich alle Schülerinnen und Schüler, die nachweisen, dass sie aufgrund ihrer finanziellen und familiären Situation Unterstützung benötigen – und besonders talentiert, engagiert, begabt oder motiviert sind.

Die Stiftungen stellen nicht nur Finanz- und Sachmittel zur Verfügung. Sie bieten darüber hinaus ganzheitliche Programme mit Beratungen, Bildungsseminaren, Kontakten, Patenschaften, Exkursionen und Kulturveranstaltungen an. Einige Programme integrieren sogar die gesamte Familie.

„Die verschiedenen Stipendienprogramme tragen mit dazu bei, dass Kinder und Jugendliche mit herausfordernden und besonderen Biographien auf ihrem schulischen Weg mit gezielten Programmen unterstützt werden. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist in diesen Bereichen hilfreich und staatlicherseits erwünscht“, sagt Prof. Dr. Josef Keuffer, Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI). Unter seiner Federführung trifft sich der 2012 ins Leben gerufene „Runde Tisch Schülerstipendien“. Dort tauschen sich die Stiftungen zu Erfahrungen im Umgang mit Stipendiatinnen und Stipendiaten und deren Eltern aus, arbeiten bei einigen Programmen zusammen und beraten gemeinsam über neue Vorhaben.

Ein nun aktualisierter Flyer bietet auf einen Blick alle wichtigen Infos zu den einzelnen Stipendien, zur jeweiligen Zielgruppe, den Leistungen und Ausschreibungsterminen:

<http://li.hamburg.de/publikationen/3861136/artikel-schuelerstipendien.html>

Im „Runden Tisch Schülerstipendien“ haben sich folgende Stiftungen zusammengeschlossen:

- **Dürr-Stiftung:** www.heinzundheideduerrstiftung.de
- **Frauendorfer Förderstiftung:** www.frauendorfer-foerderstiftung.de
- **Hemshorn-Stiftung:** www.hemshorn-stiftung.de
- **Joachim Herz-Stiftung:** www.grips-stipendium.de
- **Jürgen Sengpiel-Stiftung:** www.juergen-sengpiel-stiftung.de
- **Patriotische Gesellschaft von 1765:** www.patriotische-gesellschaft.de/taetigkeitsbereiche/menschen/diesterweg-stipendium-hamburg.html
- **Roland Berger-Stiftung:** www.rolandbergerstiftung.org
- **START-Stiftung:** www.start-stiftung.de
- **ZEIT-Stiftung:** www.mehr-migranten-werden-lehrer.de

Für Rückfragen der Medien:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) Prof. Dr. Josef Keuffer, Direktor Tel. (040) 42 88 42 -302 E-Mail: josef.keuffer@li-hamburg.de Internet: www.li.hamburg.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Presssprecher Tel. (040) 428 63 -2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
--	---

Gern sind wir Ihnen behilflich bei der Vermittlung einer Gesprächspartnerin bzw. eines Gesprächspartners aus dem Kreis der Stipendiaten.

10. Dezember 2013/bis10

Schule: Volksinitiative „G9-Jetzt-HH“ zustande gekommen

Der Senat hat heute das Zustandekommen der Volksinitiative „G9-Jetzt-HH“ festgestellt. Gegenstand dieser Initiative ist die Aufforderung an Bürgerschaft und Senat, an Gymnasien das so genannte G 9 (neun gymnasiale Schuljahre bis zum Abitur) als zusätzliches Angebot neben dem bestehenden G 8 (acht gymnasiale Schuljahre bis zum Abitur) einzuführen.

Am 11. November hatten die Initiatoren nach eigenen Angaben insgesamt 16.730 Unterstützungsunterschriften eingereicht. Für das Zustandekommen einer Volksinitiative müssen mindestens 10.000 gültige Unterschriften von zur Bürgerschaft Wahlberechtigten vorliegen. Die Prüfung hat ergeben, dass die erforderliche Mindestanzahl erreicht wurde. Damit ist die Volksinitiative zustande gekommen.

Das weitere Verfahren:

Die Bürgerschaft muss nun bis zum 11. März 2014 entscheiden, ob sie die Vorlage der Volksinitiative übernehmen will. Innerhalb dieser Entscheidungsfrist hat sie sich mit dem Gegenstand in öffentlicher Sitzung zu befassen. Zudem bekommen die Initiatoren Gelegenheit, ihr Anliegen in einem Ausschuss zu erläutern. Übernimmt die Bürgerschaft die Vorlage nicht, können die Initiatoren vom 12. März bis zum 10. April 2014 einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens stellen. Auf Antrag der Initiatoren kann die Bürgerschaft die Entscheidungsfrist aber auch verlängern. Eine solche Verlängerung kann zweimal erfolgen und darf jeweils 90 Tage nicht überschreiten.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Landeswahlamt, Oliver Rudolf, Tel. 040 – 42839-1732

10. Dezember 2013/bsu10

Sozialer Schutz für Szeneviertel verlängert

Senat beschließt Verlängerung der Umwandlungsverordnung in Gebieten mit Sozialer Erhaltungsverordnung um weitere fünf Jahre

Der Senat hat heute beschlossen, die Umwandlungsverordnung bis zum Ende des Jahres 2018 zu verlängern. Damit können in Gebieten mit Sozialer Erhaltungsverordnung Bewohnerinnen und Bewohner vor Verdrängung infolge Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen weiterhin geschützt werden.

Soziale Erhaltungsverordnungen gelten zur Zeit in der Südlichen Neustadt, in St. Georg, St. Pauli, im Schanzenviertel und im Osterkirchenviertel. Ziel ist, Verdrängungen der Gebietsbevölkerung infolge Abriss von Wohngebäuden, Luxusmodernisierungen mit entsprechenden Mietsteigerungen und Umwandlung von Miet- in Büroräume entgegen zu wirken und die bewährten Bewohnerstrukturen zu erhalten. Eigentümer, die derartige Absichten verfolgen, müssen die genannten Maßnahmen in den zuständigen Bezirksamtern Hamburg-Mitte und Altona beantragen und deren Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner überprüfen lassen.

Zur Unterstützung dieses Zieles hat der Senat zu Beginn des Jahres 1998 zusätzlich die **Umwandlungsverordnung** befristet auf 5 Jahre erlassen und bislang dreimal verlängert. Sie ist ausschließlich in Gebieten mit Sozialer Erhaltungsverordnung wirksam. Eigentümerinnen und Eigentümer müssen zusätzlich die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen beim jeweils zuständigen Bezirksamt beantragen. Dort wird geprüft, ob durch dieses Vorhaben das Ziel der Verordnung – Erhalt der Sozialstruktur der Wohnbevölkerung – gefährdet werden könnte.

Als Grundlage für die Entscheidung zur Verlängerung der Verordnung dienten die Ergebnisse einer Erfolgskontrolle, mit der im Sommer 2013 das Institut Kirchhoff/Jacobs von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragt wurde. Kern dieser Untersuchung war eine repräsentative Haushaltebefragung im Gebiet der Sozialen Erhaltungsverordnung Südliche Neustadt und zusätzliche Untersuchungen für die Gebiete St. Pauli und St. Georg. Die Erfolgskontrollen haben der Umwandlungsverordnung erneut eine große Wirksamkeit bescheinigt. Insbesondere spekulative Begründungen von Wohnungseigentum konnten in Sozialen Erhaltungsgebieten weitestgehend unterbunden werden.

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040/42840-2051

pressestelle@bsu.hamburg.de

9. Dezember 2013/bwf09

8. Agathe-Lasch-Preis verliehen

Niederländischer Sprachwissenschaftler im Rathaus geehrt

Der renommierte Agathe-Lasch-Preis des Hamburger Senats ist erstmals an einen ausländischen Sprachwissenschaftler vergeben worden: Dr. Tom Smits von der Universität Antwerpen erhielt die Ehrung für seine Dissertation „Strukturwandel in Grenzdialekten. Die Konsolidierung der niederländisch-deutschen Staatsgrenze als Dialektgrenze.“

Das Preisrichterkollegium hatte aus sieben Arbeiten von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern auszuwählen, die auf dem Gebiet der niederdeutschen Sprache forschen. Den Expertinnen und Experten zufolge hat Herr Dr. Smits in seiner Doktorarbeit von 2007 plausibel gemacht, dass sprachliche Grenzen nicht nur politische Grenzen beeinflussen, sondern auch umgekehrt politische Grenzen im Lauf der Jahrzehnte die Entwicklung der jeweiligen Sprachen und Dialekte dies- und jenseits der Staatsgrenze beeinflussen und dass die jeweilige Hochsprache dabei auf unterschiedliche Weise auf den Dialekt einwirkt.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Die Namensgeberin des Agathe-Lasch-Preises setzt dieser Auszeichnung einen hohen Anspruch. Wer ihn bekommt, muss an den Grenzen der Sprachwissenschaften und der Niederdeutschen Sprache forschen. Dr. Tom Smits hat an der politischen, sprachlichen und dialektalen Grenze zwischen den Niederlanden und Deutschland bei Achterhoek und Westmünsterland geforscht. Die Entscheidung des Preiskomitees für einen ausländischen Wissenschaftler zeigt, wie grenzüberschreitend die niederdeutsche Sprachwissenschaft arbeitet.“

Über den Preisträger:

Dr. Tom Smits wurde 1976 in Antwerpen geboren. Er studierte Germanistik und Anglistik mit Schwerpunkt Linguistik an den Universitäten Antwerpen und Wien. Heute ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Sprachwissenschaft der Universität Antwerpen.

Über den Preis:

Seit 1992 wird vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg alle drei Jahre der mit 5.000 Euro dotierte Agathe-Lasch-Preis an Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler verliehen, die herausragende Leistungen auf dem Gebiet der niederdeutschen Sprachforschung erbracht haben. In diesem Jahr wurde der Preis zum achten Mal in Folge vergeben. Im Vorfeld der Verleihung waren insgesamt sieben Arbeiten von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern nach den Kriterien der Satzung identifiziert und vom Preisrichterkollegium erörtert worden.

Über Agathe Lasch:

Die Philologin Agathe Lasch, geboren am 4. Juli 1879 in Berlin, war die erste Professorin an der Universität Hamburg und erste Germanistikprofessorin in Deutschland überhaupt. 1909 an der

Universität Heidelberg promoviert, lehrte und forschte sie zunächst mehrere Jahre an einem amerikanischen Frauencollege, bevor sie 1917 ihre Arbeit am Deutschen Seminar des Hamburgischen Kolonialinstituts aufnahm. Hier übernahm sie sogleich die Leitung der "Sammelstelle für das Hamburgische Wörterbuch" und begann mit den Vorarbeiten für ein vollständiges wissenschaftliches Wörterbuch der Hamburger niederdeutschen Sprache. 1919 habilitierte sie sich an der im selben Jahr neu gegründeten Hamburgischen Universität und wurde dort 1923 zur Professorin ernannt. Im selben Jahr fasste sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Conrad Borchling den Plan, ein weiteres Wörterbuchprojekt in Angriff zu nehmen, die vollständige Neubearbeitung des "Mittelniederdeutschen Handwörterbuchs" von Lübben/Walther. 1926 wurde sie schließlich auf das Extraordinariat für niederdeutsche Philologie berufen. Agathe Laschs Tätigkeit an der Hamburgischen Universität endete mit der Herausgabe der siebten Lieferung des Mittelniederdeutschen Handwörterbuchs im Jahre 1934. Als Frau konnte sich Agathe Lasch auf ihrem wissenschaftlichen Weg in Deutschland gegen alle Widrigkeiten behaupten und durchsetzen, als Jüdin in Deutschland wurde sie dagegen Opfer der nationalsozialistischen Barbarei: 1934 vorzeitig aus dem Hochschuldienst entlassen, mit Publikationsverbot belegt, ihrer Bibliothek beraubt, wird sie am 15. August 1942 nach Riga deportiert und dort am 18. August, dem Tag ihrer Ankunft, ermordet. Der Philologin Agathe Lasch wird heute in vielfältiger Weise gedacht. In Hamburg-Othmarschen gibt es seit 1970/71 einen Agathe-Lasch-Weg und die Hamburger Universität hält seit 1999 mit dem Agathe-Lasch-Hörsaal die Erinnerung an ihre erste Professorin wach. Zwei Stolpersteine, einer vor dem Haus Nr. 9 der Gustav-Leo-Straße (früher Rehagen) und einer auf dem Bürgersteig vor dem Universitätshauptgebäude, erinnern an Agathe Lasch.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Julia Rauner

Tel: 040/42863-2339

E-Mail: julia.rauner@bwf.hamburg.de

10. Dezember 2013/bwvi10

Politik und Wirtschaft treffen sich zum Smart City Summit Metropolenentwicklung im 21. Jahrhundert

Hamburg ist eine der wirtschaftlich stärksten und lebenswertesten Metropolen Europas. Technische Innovationen, die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie spielen eine herausragende Rolle in der zukünftigen Entwicklung der Hansestadt. Die Bevölkerung in Hamburg wächst, wie in den meisten Metropolen weltweit. Daraus ergibt sich eine besondere gesellschaftliche Verantwortung für diese Metropolen. Die smart city, also die vernetzte und kluge Stadt, verbessert die Lebensqualität der Menschen durch intelligente, innovative Infrastrukturen, die helfen, Mobilität effizienter zu machen, Ressourcen zu schonen und negative Umwelteinflüsse zu reduzieren. Sensorik und Informationstechnologien werden dabei zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen.

Über diese Themen haben heute nationale und internationale Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in Hamburg beim Smart City Summit diskutiert, zu dem Wirtschaftssenator Horch eingeladen hat. Drei Vorträge zu den unterschiedlichen Bereichen einer intelligenten Stadtentwicklung bildeten den Auftakt. Wim Elfrink (Executive Vice President Industry Solutions & Chief Globalization Officer Cisco) berichtete über das Engagement von Cisco in unterschiedlichen Städten weltweit und erläuterte Konzepte und erste Erfolge. Am MIT Media Lab in Boston dirigiert Prof. Kent Larson die „Changing Places“ Forschungsgruppe und beschäftigt sich unter anderem mit neuer städtischer Mobilität, vernetzten Behausungen und allgegenwärtigen Technologien. Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hamburg Port Authority (HPA), präsentierte am Beispiel der Verkehrssteuerung im Hamburger Hafen das Konzept smartPORT.

Senator Frank Horch: „Berechnungen sagen, dass im Jahr 2050 6,3 Billionen Menschen weltweit in den großen Städten leben werden. Wir müssen uns deshalb schon heute fragen, wie wir damit umgehen werden und wie wir diese Chancen und Herausforderungen bewältigen wollen. Wir müssen Antworten auf die Fragen nach Mobilität, öffentlicher Infrastruktur, Service, Energieverbrauch, Schadstoffausstoß und Lebensqualität finden. Dieser Prozess ist in vollem Gange. Politik ist aktiv eingebunden und hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen.“

Jens Meier: „Die HPA hat sich zum Ziel gesetzt, den Hamburger Hafen in den nächsten Jahren zum smartPORT zu entwickeln. Smart steht für intelligenten Informationsaustausch, um die Qualität und

die Effizienz des Hafens als wichtigen Teil der Lieferkette zu erhöhen. Je feinmaschiger und enger vernetzt das Nervensystem des Hamburger Hafens ist, desto schneller erspürt es potenzielle Störungen und kann diese Informationen weiterleiten.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040-42841-1326 oder -2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi



Medien-Information

13. Dezember 2013/bwvi13

S4: Vorplanung ist abgeschlossen

HAMBURG/KIEL. Die von den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg beauftragten Planungsleistungen der Vorplanung zur neuen S-Bahnlinie S4 mit der Entflechtung der Güter- und Personenverkehre sind jetzt abgeschlossen. Die Ergebnisse können ab sofort – in die beiden Lose Hamburg und Schleswig-Holstein unterteilt – auf www.nah.sh/s4 heruntergeladen werden. Mit den Planungsleistungen hatten die beiden Länder zwei Planungsgemeinschaften beauftragt, die sich aus mehreren Ingenieurbüros zusammensetzten.

In der Vorplanung wurden die technische Umsetzbarkeit des erforderlichen Streckenausbaus in verschiedenen Varianten untersucht und hieraus Lösungsvorschläge entwickelt.

Frank Horch, Senator der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg: „50 Prozent mehr Fahrgäste im Regionalverkehr zwischen Hamburg und Bad Oldesloe gegenüber dem Jahr 2000. Tendenz weiter steigend. Wir müssen das Angebot für die Menschen in Hamburg und der Metropolregion mit einer leistungsfähigen S-Bahn-Verbindung deutlich ausbauen. Mit der Vorplanung ist die Basis geschaffen für die weiteren Projektschritte.“

Schleswig-Holsteins Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, sieht auch für Schleswig-Holstein große Vorteile durch die S4: „Die neue S-Bahn kommt nicht nur den Pendlern im Hamburger Umland zugute, sie entlastet den gesamten Nah- und Fernverkehr zwischen Hamburg und Lübeck – auch im Hinblick auf die spätere Anbindung der Festen Fehmarnbeltquerung. Damit wollen wir langfristig länderübergreifend einen komfortablen und zuverlässigen Nahverkehr sicherstellen.“

Als nächste Schritte folgen die Nutzen-Kosten-Analyse, die Sicherstellung der Finanzierung und die Vertiefung der Planung mit der Entscheidung, welche Vorplanungsvarianten weiterverfolgt werden. Eine endgültige Entscheidung zur S4 fällt nach der Nutzen-Kosten-Analyse sowie der Entwurfs- und Genehmigungsplanung inklusive einer weiteren Präzisierung der Kosten. Über die Finanzierung des Vorhabens werden sich die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit dem Bund verständigen.

Hintergrund:

Die S4 soll den Nahverkehr zwischen Hamburg und dem Kreis Stormarn verbessern: durch einen dichten Fahrplankontakt, einen zuverlässigen Betrieb mit hoher Pünktlichkeit und eine direkte Verbindung von Bad Oldesloe bis in die Hamburger Innenstadt. Hamburg und Ahrensburg sollen künftig in der Hauptverkehrszeit im 10-Minuten-Takt verbunden werden; zwischen Hamburg und Bad Oldesloe ist ein Stundentakt vorgesehen.

Sie soll darüber hinaus den Hamburger Hauptbahnhof entlasten und zusätzliche Kapazitäten für den Fern- und Güterverkehr zwischen Hamburg und Lübeck schaffen. Die Vorstudien zur S4 haben den Nutzen dieses S-Bahn-Ausbaus aufgezeigt; dieser wurde auch durch Beschlüsse der Hamburgischen Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Realisierung der S4 bestätigt.

Bis Hamburg-Hasselbrook soll die S4 die vorhandenen S-Bahn-Gleise nutzen; zwischen Hasselbrook und Bargtheide ist der Bau einer eigenen S-Bahn-Infrastruktur mit zwei bzw. einem separaten Gleis geplant. Auf dem letzten Abschnitt bis Bad Oldesloe sollen wieder bestehende Gleise befahren werden. Um das Angebot für die Fahrgäste so komfortabel wie möglich zu machen, ist auch der Neubau von vier bis sechs S-Bahn-Stationen geplant.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Harald Haase | Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie | Düsterbrookweg 94, 24105 Kiel |

Telefon 0431 988-4420 | Telefax 0431 988-4705 | E-Mail: pressestelle@wimi.landsh.de |

Medien-Informationen der Landesregierung finden Sie aktuell und archiviert im Internet unter <http://www.schleswig-holstein.de>

Dennis Fiedel | LVS Schleswig-Holstein Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH | Raiffeisenstraße 1, 24103 Kiel |

Telefon: 0431-66019-22 | E-Mail: D.Fiedel@lvs-sh.de | Internet: www.nah.sh

Helma Krstanoski | Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg | Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg |

Telefon: 040-42841-1326 | E-Mail: Helma.Krstanoski@bwvi.hamburg.de | Internet: www.hamburg.de/bwvi

10. Dezember 2013/fb10

Jahresabschluss 2012 der Freien und Hansestadt Hamburg

- **Positives bereinigtes Betriebsergebnis von +122 Mio. Euro in Kernverwaltung und + 685 Mio. Euro im FHH-Konzern.**
- **Hohe negative Finanzergebnisse aufgrund von Zinsaufwendungen für Altschulden.**
- **Zusätzliche ergebnisbelastende Sondereffekte im Jahr 2012.**
- **685 Mio. Euro Rückstellung in Kernverwaltung für Belastung aus Altgeschäften der HSH Nordbank.**
- **Gesamtergebnis wie in Vorjahren deutlich negativ.**
- **Hoher zusätzlicher Rückstellungsbedarf für Pensionslasten erwartet.**

Nach der zahlungsbezogenen (kameralen) Haushaltsrechnung hat der Senat heute den kaufmännischen Jahresabschluss für das Jahr 2012 festgestellt, mit dem der gesamte Aufwand und Ertrag sowie alle Vermögenswerte und Belastungen der Freien und Hansestadt Hamburg dargestellt werden. Der doppische Konzernabschluss 2012 berücksichtigt neben der Kernverwaltung auch die Abschlüsse der Sondervermögen, Anstalten öffentlichen Rechts und Landesbetriebe sowie der öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen.

Während das kamerale Defizit im Jahr 2012 rund -592 Mio. Euro betrug, ergibt sich unter zusätzlicher Berücksichtigung von Abschreibungen und Rückstellungen sowie bereinigt um Sondereffekte ein Jahresergebnis von - 713 Mio. Euro in der Kernverwaltung bzw. von - 473 Mio. Euro im FHH-Konzern.

„Erstmalig hat die Finanzbehörde eine Rückstellung in Höhe von 685 Mio. Euro gebildet, um der Belastung Rechnung zu tragen, die sich im Wesentlichen aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der 2009 übernommenen Garantie der Länder für frühere Geschäfte der HSH Nordbank ergibt“, sagte Finanzsenator Peter Tschentscher heute bei der Vorstellung des Jahresabschlusses 2012.

	Kernverwaltung	Konzern
Eigenkapital 31.12.2011	- 1.709 Mio. €	- 713 Mio. €
Bereinigtes Operatives Ergebnis	+ 122 Mio. €	+ 685 Mio. €
Bereinigtes Finanzergebnis	- 835 Mio. €	- 1.073 Mio. €
Steuern		- 85 Mio. €
Bereinigtes Gesamtergebnis	- 713 Mio. €	- 473 Mio. €
Sondereffekte	- 944 Mio. €	- 1.371 Mio. €
davon Rückstellung HSH Nordbank	- 685 Mio. €	- 410 Mio. €
Gesamtergebnis	- 1.657 Mio. €	- 1.844 Mio. €
Änderungen Rücklagen / Anteile anderer Gesellschafter		- 495 Mio. €
Eigenkapital 31.12.2012	- 3.366 Mio. €	- 3.052 Mio. €

Das um Sondereffekte bereinigtes Verwaltungsergebnis der Kernverwaltung ist mit +122 Mio. Euro auch 2012 positiv. Das Ergebnis wird aber insbesondere aufgrund von Zinszahlungen für hohe Altschulden durch ein bereinigtes Finanzergebnis von - 835 Mio. Euro so überlagert, dass das Gesamtergebnis mit - 713 Mio. Euro stark negativ ist. Für den Konzern Hamburg betragen das um Sondereinflüsse bereinigte Betriebsergebnis + 685 Mio. Euro, das Finanzergebnis - 1.073 Mio. Euro und das bereinigte Gesamtergebnis (nach Steuern) - 473 Mio. Euro.

Einschließlich der belastenden Sondereffekte ergab sich ein Gesamtergebnis von - 1.657 Mio. Euro in der Kernverwaltung und von - 1.844 Mio. Euro im FHH-Konzern.

Die dadurch verursachte negative Entwicklung des Eigenkapitals bezeichnete Tschentscher als „besorgniserregend“. Seit der Erstabibilanzierung 2006 ist der jährliche Gesamtaufwand jedes Jahr höher als der Gesamtertrag der Stadt. Vermeintlich positive Einzeljahre beruhten im Wesentlichen auf Sondereffekten durch Vereinfachungsregeln, die nunmehr schrittweise korrigiert werden, indem die Bilanzierungsregeln an die Standards des Handelsgesetzbuches und der staatlichen Doppik angepasst werden.

„Der nächste Schritt wird eine präzise Ermittlung der zukünftigen Pensionslasten durch ein aktuarisches Gutachten sein, das durchaus einen zusätzlichen Rückstellungsbedarf von mehreren Milliarden Euro ergeben kann“, sagte Tschentscher im Hinblick auf die kommenden Jahresabschlüsse.

„Die kaufmännische Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Stadt ist ernüchternd“, so Tschentscher weiter. Eine vollständige und korrekte Bilanzierung sei gleichwohl erforderlich, um einen klaren Blick für die richtigen Schritte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu erhalten.

Die Finanzbehörde arbeite mit Hochdruck an der Umstellung auf das neue doppische Haushaltswesen, die Anfang 2015 abgeschlossen werden solle. Dazu gehöre nicht nur die kaufmännische Planung aller Aufwands- und Ertragspositionen, sondern auch eine Modernisierung der Buchhaltung, deren mehrere Millionen Buchungsvorgänge in einem neuen Kontensystem erfolgen müssten. Die hierzu erforderliche Einführung eines neuen IT-Systems mit der gleichzeitigen Modernisierung und Anpassung zahlreicher bestehender IT-Fachverfahren sei ein hoher Aufwand mit durchaus erheblichen operativen Risiken.

Der Geschäftsbericht wird in Kürze als PDF-Dokument zum Download unter folgender Adresse bereit stehen: www.hamburg.de/fb/geschaeftsberichte

Die Druckfassung des Geschäftsberichts kann ab Januar 2014 über die Pressestelle der Finanzbehörde bezogen werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 16. Dezember bis 20. Dezember 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 16.12.2013

18:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Senatsempfangs für die Internationalen Studierenden** ein Grußwort.

18:30 Ernst Deutsch Theater
Senator Frank Horch spricht anlässlich **der Gala-Veranstaltung des Gesamtverbandes Handwerk Hamburg** ein Grußwort.

Dienstag, den 17.12.2013

09:00 Reichstagsgebäude, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Sitzung des Bundestages zur Wahl der Bundeskanzlerin** teil.

Mittwoch, den 18.12.2013

20:00 Deutsches Schauspielhaus, MalerSaal, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Premiere von „Der Gott des Gemetzels“**.

Donnerstag, den 19.12.2013

09:30 Bundesrat, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Sitzung des Bundesrates** teil.

14:00 Halle des Gesundheitszentrums St. Pauli, Seewartenstraße 10
Senator Detlef Scheele nimmt an der **Weihnachtsfeier des Café mit Herz** teil.

Freitag, den 20.12.2013

19:00 Terminal Tango, Flughafenstraße 1 - 3
Bürgermeister Olaf Scholz spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des Fluthelfer-Ordens** an die Helferinnen und Helfer zur Bewältigung des Elbehochwassers.

Senator Michael Neumann nimmt teil.